

Pädagogen fordern festen Platz für Thema NS-Zeit

Appell an Politik und Hochschulen mit fast 240 Unterschriften / Im Januar Tagung zu „Erziehung nach Auschwitz“

toe. FRANKFURT. Die Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik und Benjamin Ortmeier fordern Politik und Universitäten auf, der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit einen festen Platz in den erziehungswissenschaftlichen Fakultäten zu geben. Ihr Appell an die Kultusministerkonferenz, die Wissenschaftsministerien der Länder, das Bundesforschungsministerium sowie Universitäten und Hochschulen in Deutschland wird von fast 240 Unterzeichnern unterstützt.

In Frankfurt haben unter anderen die Vorsitzende des Fördervereins des an der Goethe-Universität angesiedelten Fritz-Bauer-Instituts zur Erforschung des Holocaust, die frühere Bürgermeisterin Jutta Ebeling, und Meron Mendel, der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, den Aufruf unterschrieben. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, würdigt die Initiative als „wichtig“. Unterstützung bekommen Brumlik und Ortmeier überdies von etlichen Erziehungswissenschaftlern. „Das zeigt, dass

es ein Problembewusstsein gibt“, so Ortmeier, der an der Goethe-Universität die Forschungsstelle NS-Pädagogik leitet.

Über Ortmeiers Lehrveranstaltungen hatte es im Sommer an der Universität Streit gegeben. Es war kritisiert worden, dass Lehramtsstudenten für die zweisemestrige Vorlesung zur Pädagogik in der NS-Zeit keine Leistungspunkte mehr bekommen. Diemut Kucharz, Dekanin des Fachbereichs Erziehungswissenschaften, sagte, das Thema NS-Pädagogik sei nicht entwertet worden; beispielsweise komme es im Pflichtmodul „Demokratische Normen und Werte“ vor. Zudem sei die „Erziehung nach Auschwitz“ (Theodor W. Adorno) in der Lehre aller Professoren der Erziehungswissenschaft verankert – etwa wenn es darum gehe, wie durch Erziehung Rassismus und Antisemi-



Benjamin Ortmeier

tismus bekämpft werden könnten. Brumlik, der früher an der Goethe-Uni tätig war und mit Ortmeier die Forschungsstelle NS-Pädagogik aufgebaut hatte, mahnte schon seinerzeit, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit „kein Spezialthema“ sein dürfe, wenn man Adorno ernst nehmen wolle. Ähnliches formulieren beide in ihrem nun veröffentlichten Appell. „Kernelemente einer Ideologie der Ausgrenzung mit Anleihen bei der NS-Ideologie haben ein breiteres gesellschaftliches Fundament“, so Brumlik und Ortmeier. Dieser Herausforderung müssten sich auch die pädagogischen Berufe stellen. Es gehe auch darum, „im pädagogischen Alltag Ausgrenzungen und Diskriminierungen zu verhindern, die oft auch in Schimpfworten und Beleidigungen ihren Ausdruck finden, auf die das NS-Mordprogramm zielte“, wie „Jude“, „Zigeuner“ oder „Behinderter“.

Der Fachbereich Erziehungswissenschaften lädt für den 29. Januar, 10 bis

16 Uhr zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Erziehung nach Auschwitz“ ein. Wie Prodekanin Sabine Andresen mitteilte, sind mehrere wissenschaftliche Vorträge aus historischer und systematischer Perspektive geplant; auch Ortmeier soll referieren. Außerdem soll es ein bildungspolitisches Podiumsgespräch geben, das unter anderem der Frage nachgeht, welche Bedeutung Veranstaltungen zum Nationalsozialismus für das Lehramt haben sollten.

Vor kurzem hat der Senat der Universität auf Antrag Ortmeiers beschlossen, an die Lehrenden zu appellieren, den Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, den 27. Januar, zu nutzen, um der vom NS-Regime Verfolgten und Ermordeten zu gedenken, auch in zusätzlichen Veranstaltungen. Im Juli hatte die Universität außerdem eine Holocaust-Professur ausgeschrieben. Das Besetzungsverfahren für diesen ersten Lehrstuhl seiner Art in Deutschland dauert an. Er soll bei den Geschichtswissenschaften angesiedelt werden.

Pädagogen fordern festen Platz für Thema NS-Zeit

Appell an Politik und Hochschulen mit fast 240 Unterschriften / Im Januar Tagung zu „Erziehung nach Auschwitz“

toe. FRANKFURT. Die Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik und Benjamin Ortmeier fordern Politik und Universitäten auf, der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit einen festen Platz in den erziehungswissenschaftlichen Fakultäten zu geben. Ihr Appell an die Kultusministerkonferenz, die Wissenschaftsministerien der Länder, das Bundesforschungsministerium sowie Universitäten und Hochschulen in Deutschland wird von fast 240 Unterzeichnern unterstützt.

In Frankfurt haben unter anderen die Vorsitzende des Fördervereins des an der Goethe-Universität angesiedelten Fritz-Bauer-Instituts zur Erforschung des Holocaust, die frühere Bürgermeisterin Jutta Ebeling, und Meron Mendel, der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, den Aufruf unterschrieben. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, würdigt die Initiative als „wichtig“. Unterstützung bekommen Brumlik und Ortmeier überdies von etlichen Erziehungswissenschaftlern. „Das zeigt, dass es ein Problembewusstsein gibt“, so Ortmeier, der an der Goethe-Universität die Forschungsstelle NS-Pädagogik leitet. Über Ortmeiers Lehrveranstaltungen hatte es im Sommer an der Universität Streit gegeben. Es war kritisiert worden, dass Lehramtsstudenten für die zweisemestrige Vorlesung zur Pädagogik in der NS-Zeit keine Leistungspunkte mehr bekommen. Diemut

Kucharz, Dekanin des Fachbereichs Erziehungswissenschaften, sagte, das Thema NS-Pädagogik sei nicht entwertet worden; beispielsweise komme es im Pflichtmodul „Demokratische Normen und Werte“ vor. Zudem sei die „Erziehung nach Auschwitz“ (Theodor W. Adorno) in der Lehre aller Professoren der Erziehungswissenschaft verankert – etwa wenn es darum gehe, wie durch Erziehung Ras-



sismus und Antisemitismus bekämpft werden könnten. Brumlik, der früher an der Goethe-Uni tätig war und mit Ortmeier die Forschungsstelle NS-Pädagogik aufgebaut hatte, mahnte schon seinerzeit, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit „kein Spezialthema“ sein dürfe, wenn man Adorno ernst nehmen wolle. Ähnliches formulieren beide in ihrem nun veröffentlichten Appell.

„Kernelemente einer Ideologie der Ausgrenzung mit Anleihen bei der NS-Ideologie haben ein breiteres gesellschaftliches Fundament“, so Brumlik und Ortmeier. Dieser Herausforderung müssten sich auch die pädagogischen Berufe stellen. Es gehe auch darum, „im pädagogischen Alltag Ausgrenzungen und Diskriminierungen zu verhindern, die oft auch in Schimpfworten und Beleidigungen

ihren Ausdruck finden, die sich gerade gegen jene Gruppen richten, auf die das NS-Mordprogramm zielte“, wie „Jude“, „Zigeuner“ oder „Behinderter“. Der Fachbereich Erziehungswissenschaften lädt für den 29. Januar, 10 bis 16 Uhr zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Erziehung nach Auschwitz“ ein. Wie Prodekanin Sabine Andresen mitteilte, sind mehrere wissenschaftliche Vorträge aus historischer und systematischer Perspektive geplant, auch Ortmeier soll referieren. Außerdem soll es ein bildungspolitisches Podiumsgespräch geben, das unter anderem der Frage nachgeht, welche Bedeutung Veranstaltungen zum Nationalsozialismus für das Lehramt haben sollten.

Vor kurzem hat der Senat der Universität auf Antrag Ortmeiers beschlossen, an die Lehrenden zu appellieren, den Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, den 27. Januar, zu nutzen, um der vom NS-Regime Verfolgten und Ermordeten zu gedenken, auch in zusätzlichen Veranstaltungen. Im Juli hatte die Universität außerdem eine Holocaust-Professur ausgeschrieben. Das Besetzungsverfahren für diesen ersten Lehrstuhl seiner Art in Deutschland dauert an. Er soll bei den Geschichtswissenschaften angesiedelt werden.